



Foto: Colourbox.de

# dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

# 2025



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

# dbb Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst 2025“

Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

**forsa** Gesellschaft für  
Sozialforschung und  
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2  
10587 Berlin

**Telefon** 030 62882-0

**E-Mail** [info@forsa.de](mailto:info@forsa.de)

7. August 2025

F25.0078.02/45074 Le, Gü

## **Inhaltsverzeichnis**

|                                                                    |    |
|--------------------------------------------------------------------|----|
| Datengrundlage.....                                                | 1  |
| Zusammenfassung.....                                               | 2  |
| 1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates.....               | 3  |
| 2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes.....           | 16 |
| 3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand..... | 18 |
| 4 Das Beamtenprofil .....                                          | 19 |
| 5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen .....                        | 20 |
| 6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates.....                        | 23 |

## **Datengrundlage**

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2025 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Die Erhebung fand im Juli 2025 statt. Befragt wurden 2.011 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Online-Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ auch – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

## **Zusammenfassung**

Im Laufe der Regierungszeit der „Ampel“-Koalition ist das Vertrauen zu vielen staatlichen Institutionen, das während der Corona-Krise – anders als heute in der politischen Diskussion unterstellt – recht hoch war, drastisch zurückgegangen. Dieser Vertrauensverlust hat auch wieder Einfluss auf die aktuellen Ergebnisse der Bürgerbefragung „Öffentlicher Dienst“. So glauben noch mehr Bürgerinnen und Bürger als schon im Vorjahr, dass der Staat gegenwärtig nicht mehr in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen, sondern damit überfordert ist. Diese Überforderung wird nicht nur bei der Bewältigung der durch die Migration verursachten Probleme gesehen, sondern auch bei der Steuer- und Finanzpolitik, der Schul- und Bildungspolitik oder bei den sozialen Sicherungssystemen.

Wenig Hoffnung besteht zudem bei den Bundesbürgern, dass die neue Bundesregierung aus Union und SPD die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern wird als die bisherige Regierung aus SPD, Grünen und FDP. Dabei müsste die Verbesserung der Leistungsfähigkeit nach Meinung der Bundesbürger auf allen politischen Ebenen – Kommunen, Land und Bund – gleichermaßen erfolgen. Um die Arbeit der Behörden zu verbessern, sollten nach Meinung der Befragten vor allem die vielen Vorschriften verringert und vereinfacht sowie die Bearbeitungszeiten verkürzt werden. Dass die zunehmende Digitalisierung die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern wird, glaubt rund die Hälfte der Bundesbürger, über zwei Fünftel aber sind da eher skeptisch.

Das gesunkene Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates macht sich auch bei dem bei den Bürgern vorhandenen Bild der Beamten bemerkbar: Fast alle positiven Eigenschaften, die man mit Beamten verbinden kann, werden den Beamten aktuell weniger häufig als bisher zugeordnet.

## **1 Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates**

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, ist auch in diesem Jahr wie bereits in den letzten Jahren seit einem „Vertrauens-Hoch“ in der Anfangsphase der Corona-Pandemie 2020 weiter rückläufig und liegt aktuell nur noch bei 23 Prozent.

73 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger hingegen meinen, der Staat sei angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert.

Etwas höheres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben lediglich die Beamten sowie die Anhänger der Union, der SPD und der Grünen.

## Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

|                          |                   | in der Lage, sie zu erfüllen | überfordert |
|--------------------------|-------------------|------------------------------|-------------|
|                          |                   | %                            | %           |
| insgesamt                | 2019              | 34                           | 61          |
|                          | 2020              | 56                           | 40          |
|                          | 2021              | 45                           | 51          |
|                          | 2022              | 29                           | 66          |
|                          | 2023              | 27                           | 69          |
|                          | 2024              | 25                           | 70          |
|                          | 2025              | 23                           | 73          |
| Ost                      |                   | 17                           | 79          |
| West                     |                   | 24                           | 71          |
| 18- bis 29-Jährige       |                   | 27                           | 66          |
| 30- bis 44-Jährige       |                   | 20                           | 76          |
| 45- bis 59-Jährige       |                   | 17                           | 78          |
| 60 Jahre und älter       |                   | 25                           | 70          |
| Öffentlich Beschäftigte: | insgesamt         | 24                           | 74          |
|                          | Beamte            | 43                           | 56          |
|                          | Tarifbeschäftigte | 19                           | 78          |
| Hauptschule              |                   | 16                           | 78          |
| mittlerer Abschluss      |                   | 19                           | 74          |
| Abitur, Studium          |                   | 29                           | 69          |
| Anhänger der:            | CDU/CSU           | 34                           | 63          |
|                          | SPD               | 40                           | 55          |
|                          | Grünen            | 42                           | 52          |
|                          | Linke             | 4                            | 95          |
|                          | AfD               | 33                           | 64          |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten auch in diesem Jahr eine Vielzahl von Bereichen und Problemen.

Wie bereits im letzten Jahr meinen die vergleichsweise meisten derjenigen Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, dass der Staat derzeit vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik überfordert sei (30 %).

16 Prozent sehen den Staat bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente, 15 Prozent bei der Schul- und Bildungspolitik, 13 Prozent bei der Steuer- und Finanzpolitik, 12 Prozent im Bereich innere Sicherheit, 11 Prozent bei der Gesundheitsversorgung als überfordert an.

Im Vergleich zum letzten Jahr werden häufiger (ein Plus von 3 oder mehr Prozentpunkten) genannt: die Steuer- und Finanzpolitik, die sozialen Sicherungssysteme bzw. die Rente, die soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und eine mangelnde Bürgernähe.

Weniger häufig (ein Minus von 3 oder mehr Prozentpunkten) werden genannt: die Energieversorgung, der Klima- und Umweltschutz, die Schul- und Bildungspolitik und die Lage am Arbeitsmarkt.



## Überforderung des Staates

| Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert: | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---------------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|
|                                                   | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    |
| Energieversorgung                                 | 2    | 1    | 4    | 17   | 7    | 6    | 3    |
| Steuer- und Finanzpolitik                         | 7    | 10   | 8    | 9    | 6    | 8    | 13   |
| Preisentwicklung, Inflation                       | -    | -    | -    | 6    | 4    | 1    | 2    |
| Wirtschaftspolitik                                | 1    | 7    | 5    | 5    | 5    | 8    | 7    |
| Klima- und Umweltschutz                           | 13   | 10   | 20   | 15   | 17   | 12   | 7    |
| Schul- und Bildungspolitik                        | 24   | 22   | 19   | 13   | 19   | 19   | 15   |
| Kinderbetreuung                                   | 7    | 3    | 3    | 2    | 5    | 3    | 4    |
| soziale Sicherungssysteme, Rente                  | 12   | 12   | 11   | 12   | 7    | 11   | 16   |
| soziale Gerechtigkeit                             | 11   | 9    | 11   | 11   | 12   | 7    | 10   |
| Lage am Arbeitsmarkt                              | 4    | 4    | 2    | 3    | 4    | 7    | 3    |
| Wohnungs- und Immobilienmarkt                     | 7    | 3    | 3    | 2    | 3    | 6    | 5    |
| Gesundheitsversorgung                             | 12   | 11   | 10   | 11   | 13   | 10   | 11   |
| Asyl- und Flüchtlingspolitik                      | 19   | 20   | 15   | 10   | 26   | 30   | 30   |
| innere Sicherheit                                 | 17   | 14   | 10   | 7    | 10   | 13   | 12   |
| Justiz und Rechtsprechung                         | 7    | 9    | 8    | 4    | 3    | 3    | 5    |
| Verteidigung, äußere Sicherheit                   | 3    | 3    | 3    | 5    | 5    | 7    | 5    |
| Digitalisierung                                   | 4    | 4    | 8    | 6    | 5    | 4    | 4    |
| Infrastruktur                                     | 7    | 5    | 6    | 4    | 5    | 6    | 9    |
| Verkehrspolitik                                   | 5    | 4    | 6    | 3    | 4    | 5    | 4    |
| mangelnde Nähe zu den Bürgern                     | 6    | 6    | 4    | 5    | 8    | 5    | 8    |
| Bürokratieabbau                                   | 7    | 2    | 4    | 4    | 5    | 8    | 9    |
| Überforderung generell                            | 6    | 4    | 6    | 10   | 9    | 6    | 5    |
| weiß nicht                                        | 20   | 14   | 16   | 18   | 18   | 19   | 23   |

Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen; offene Abfrage;  
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

Ähnlich wie in den letzten Jahren glaubt weiterhin nur eine Minderheit der Befragten (12 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren größer geworden sei. Deutlich mehr Befragte (47 %) glauben, die Leistungsfähigkeit sei eher geringer geworden. 31 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren abgenommen hat, meinen in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

#### Meinungen zur Leistungsfähigkeit des Staates

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

|                          |                   | größer<br>% | gleich groß<br>% | geringer<br>% |
|--------------------------|-------------------|-------------|------------------|---------------|
| insgesamt                | 2019              | 17          | 41               | 34            |
|                          | 2020              | 17          | 44               | 32            |
|                          | 2021              | 15          | 41               | 38            |
|                          | 2022              | 13          | 33               | 46            |
|                          | 2023              | 11          | 35               | 45            |
|                          | 2024              | 12          | 31               | 46            |
|                          | 2025              | 12          | 31               | 47            |
| Öffentlich Beschäftigte: | insgesamt         | 23          | 29               | 40            |
|                          | Beamte            | 21          | 42               | 34            |
|                          | Tarifbeschäftigte | 24          | 26               | 41            |
| Anhänger der:            | CDU/CSU           | 14          | 39               | 43            |
|                          | SPD               | 16          | 33               | 40            |
|                          | Grünen            | 12          | 39               | 36            |
|                          | Linke             | 11          | 41               | 35            |
|                          | AfD               | 10          | 21               | 60            |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Nur eine Minderheit der Bürgerinnen und Bürger (22 %) ist der Meinung, dass die neue Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern wird als die bisherige Regierung aus SPD, Grünen und FDP.

Deutlich mehr Befragte (70 %) glauben, dass sich auch mit der neuen Bundesregierung nicht viel an der Leistungsfähigkeit des Staates ändern wird.

Lediglich die Anhänger der Unionsparteien sind mehrheitlich davon überzeugt, dass die neue Regierung die Leistungsfähigkeit stärker fördern wird als die bisherige Regierung.

**Verbesserung der Leistungsfähigkeit durch die neue Bundesregierung?**

Die neue Bundesregierung wird die Leistungsfähigkeit des Staates stärker fördern als die bisherige Regierung

|                                         |                   | ja<br>% | nein,<br>es wird sich nicht viel ändern<br>% |
|-----------------------------------------|-------------------|---------|----------------------------------------------|
| insgesamt                               |                   | 22      | 70                                           |
| Ost                                     |                   | 13      | 82                                           |
| West                                    |                   | 23      | 68                                           |
| Männer                                  |                   | 27      | 68                                           |
| Frauen                                  |                   | 17      | 73                                           |
| 18- bis 29-Jährige                      |                   | 17      | 66                                           |
| 30- bis 44-Jährige                      |                   | 18      | 74                                           |
| 45- bis 59-Jährige                      |                   | 18      | 75                                           |
| 60 Jahre und älter                      |                   | 27      | 69                                           |
| Im Öffentlichen Dienst<br>Beschäftigte: | insgesamt         | 18      | 75                                           |
|                                         | Beamte            | 33      | 65                                           |
|                                         | Tarifbeschäftigte | 14      | 77                                           |
| Anhänger der:                           | CDU/CSU           | 63      | 34                                           |
|                                         | SPD               | 19      | 73                                           |
|                                         | Grüne             | 14      | 83                                           |
|                                         | AfD               | 6       | 92                                           |
|                                         | Linke             | 6       | 88                                           |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Über die Hälfte aller Befragten (56 %) ist der Meinung, dass die Leistungsfähigkeit des Staates auf allen drei Ebenen, also sowohl auf kommunaler als auch auf Landes- und Bundesebene, verbessert werden müsste.

13 Prozent sind der Ansicht, die Leistungsfähigkeit müsste vor allem auf kommunaler Ebene, also bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen, verbessert werden. 6 Prozent meinen dies von den Behörden auf Landesebene, 19 Prozent von den Behörden auf Bundesebene.

**Auf welchen Ebenen müsste die Leistungsfähigkeit verbessert werden?**

Die Leistungsfähigkeit des Staates müsste in erster Linie verbessert werden:

|                                         | insgesamt<br>% |
|-----------------------------------------|----------------|
| bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen | 13             |
| bei den Behörden auf Landesebene        | 6              |
| bei den Behörden auf Bundesebene        | 19             |
| bei allen                               | 56             |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

85 Prozent der Befragten halten vor allem eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften bei den Behörden für wichtig. 79 Prozent meinen dies von einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

66 Prozent wünschen sich ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können, 58 Prozent eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden.

Deutlich weniger Befragte halten eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (das meinen 33 %) oder eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden (31 %) für wichtig.

Ein vermehrtes Online-Angebot von Dienstleistungen wünschen sich vor allem die Anhänger der Grünen und der Linkspartei.

#### **Wichtige Verbesserungen**

| Es halten folgende Verbesserungen bei den Behörden vor allem für wichtig:      | insgesamt | Anhänger der: |     |       |     |       |
|--------------------------------------------------------------------------------|-----------|---------------|-----|-------|-----|-------|
|                                                                                |           | CDU/CSU       | SPD | Grüne | AfD | Linke |
|                                                                                | %         | %             | %   | %     | %   | %     |
| eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften          | 85        | 91            | 84  | 82    | 87  | 78    |
| eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten                               | 79        | 81            | 75  | 77    | 80  | 84    |
| ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können | 66        | 67            | 66  | 79    | 57  | 80    |
| eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden               | 58        | 62            | 56  | 53    | 57  | 58    |
| eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst              | 33        | 28            | 35  | 31    | 24  | 42    |
| eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden                              | 31        | 29            | 25  | 20    | 41  | 28    |

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

Über die Hälfte der Befragten (53 %) meint, dass die zunehmende Digitalisierung die Leistungsfähigkeit des Staates (sehr) viel verbessern wird. 43 Prozent allerdings sind da weniger optimistisch – sie glauben nur an geringe (32 %) oder nur wenige (11 %) Verbesserungen der Leistungsfähigkeit durch die Digitalisierung.

An eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Staates durch die zunehmende Digitalisierung glauben vor allem die Beamten.

#### **Einfluss der Digitalisierung auf die Leistungsfähigkeit des Staates**

Die zunehmende Digitalisierung wird die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern

|                                         |                   | sehr viel<br>% | viel<br>% | etwas<br>% | nur wenig |
|-----------------------------------------|-------------------|----------------|-----------|------------|-----------|
| insgesamt                               |                   | 18             | 35        | 32         | 11        |
| Ost                                     |                   | 14             | 34        | 36         | 12        |
| West                                    |                   | 18             | 35        | 31         | 11        |
| 18- bis 29-Jährige                      |                   | 20             | 33        | 33         | 8         |
| 30- bis 44-Jährige                      |                   | 21             | 37        | 26         | 12        |
| 45- bis 59-Jährige                      |                   | 14             | 31        | 35         | 15        |
| 60 Jahre und älter                      |                   | 15             | 37        | 35         | 10        |
| Im Öffentlichen Dienst<br>Beschäftigte: | insgesamt         | 11             | 39        | 32         | 15        |
|                                         | Beamte            | 16             | 52        | 25         | 7         |
|                                         | Tarifbeschäftigte | 10             | 36        | 34         | 17        |
| Anhänger der:                           | CDU/CSU           | 24             | 41        | 27         | 6         |
|                                         | SPD               | 20             | 45        | 28         | 6         |
|                                         | Grüne             | 29             | 39        | 26         | 4         |
|                                         | AfD               | 10             | 26        | 37         | 23        |
|                                         | Linke             | 20             | 39        | 34         | 5         |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

42 Prozent der Befragten haben mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung bisher alles in allem (sehr) gute Erfahrungen gemacht. 30 Prozent haben hingegen weniger gute bzw. schlechte Erfahrungen damit gemacht.

#### **Erfahrungen mit den Online-Diensten der Verwaltung**

Mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung haben bisher alles in allem Erfahrungen gemacht

|                                         |                   | (sehr) gute<br>% | weniger gute/schlechte<br>% |
|-----------------------------------------|-------------------|------------------|-----------------------------|
| insgesamt                               |                   | 42               | 30                          |
| Ost                                     |                   | 41               | 33                          |
| West                                    |                   | 43               | 29                          |
| Männer                                  |                   | 45               | 31                          |
| Frauen                                  |                   | 40               | 28                          |
| 18- bis 29-Jährige                      |                   | 48               | 24                          |
| 30- bis 44-Jährige                      |                   | 46               | 28                          |
| 45- bis 59-Jährige                      |                   | 42               | 31                          |
| 60 Jahre und älter                      |                   | 39               | 31                          |
| Im Öffentlichen Dienst<br>Beschäftigte: | insgesamt         | 51               | 27                          |
|                                         | Beamte            | 61               | 9                           |
|                                         | Tarifbeschäftigte | 48               | 30                          |
| Anhänger der:                           | CDU/CSU           | 51               | 22                          |
|                                         | SPD               | 47               | 19                          |
|                                         | Grüne             | 54               | 21                          |
|                                         | AfD               | 31               | 42                          |
|                                         | Linke             | 45               | 34                          |
|                                         |                   |                  |                             |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Erfahrungen“



Von denjenigen, die bisher (sehr) gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben, geben 18 Prozent an, gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der Kfz-Zulassung bzw. Fahrerlaubnis gemacht zu haben. Jeweils 16 Prozent haben mit kommunalen Verwaltungsdiensten bzw. Terminvereinbarungen allgemein gute Erfahrungen gemacht, 14 Prozent mit Online-Dienstleistungen im Bereich von Ausweisdokumenten.

**Gute Erfahrungen mit welchen Online-Diensten der Verwaltung?**

|                                                 | %  |
|-------------------------------------------------|----|
| Kfz- und Fahrerlaubnis                          | 18 |
| kommunale Verwaltungsdienste                    | 16 |
| Terminvereinbarung allgemein                    | 16 |
| Ausweisdokumente                                | 14 |
| Steuerliche Angelegenheiten (Elster, Finanzamt) | 13 |
| Meldewesen                                      | 7  |
| Familien- und Sozialleistungen                  | 6  |
| Antragsstellung allgemein                       | 3  |
| weiß nicht / keine Angabe                       | 29 |

Basis: Befragte, die (sehr) gute Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben;  
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

Von denen, die eher schlechte Erfahrungen mit den Online-Diensten oder öffentlichen Verwaltung gemacht haben, geben 14 Prozent kommunale Verwaltungsdienste, 13 Prozent die Kfz-Zulassung bzw. Fahrerlaubnis und 11 Prozent Ausweisdokumente an.

**Schlechte Erfahrungen mit welchen Online-Diensten der Verwaltung?**

|                                                 | %  |
|-------------------------------------------------|----|
| kommunale Verwaltungsdienste                    | 14 |
| Kfz- und Fahrerlaubnis                          | 13 |
| Ausweisdokumente                                | 11 |
| Terminvereinbarung allgemein                    | 8  |
| Anträge, Formulare allgemein                    | 8  |
| Steuerliche Angelegenheiten (Elster, Finanzamt) | 7  |
| Familien- und Sozialleistungen                  | 5  |
| Ordnung, Sicherheit und Justiz                  | 4  |
| Antragsstellung allgemein                       | 3  |
| Meldewesen                                      | 3  |
| weiß nicht / keine Angabe                       | 36 |

Basis: Befragte, die weniger gute bzw. schlechte Erfahrungen mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung gemacht haben;  
offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

## **2 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes**

Aktuell meinen deutlich mehr Befragte als zuletzt (50 %, + 7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024), dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. 41 Prozent sehen dies nicht so.

Überdurchschnittlich häufig finden Arbeiter und Selbständige sowie die Anhänger der Linke, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. Von den Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst meinen dies jeweils nur wenige.

**Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes**

Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld

|                          |                   | ja<br>% | nein<br>% |
|--------------------------|-------------------|---------|-----------|
| insgesamt                | 2016              | 31      | 64        |
|                          | 2017              | 33      | 64        |
|                          | 2018              | 32      | 66        |
|                          | 2019              | 48      | 46        |
|                          | 2022              | 45      | 49        |
|                          | 2023              | 44      | 50        |
|                          | 2024              | 43      | 48        |
|                          | 2025              | 50      | 41        |
|                          |                   |         |           |
| Ost                      |                   | 57      | 32        |
| West                     |                   | 48      | 43        |
|                          |                   |         |           |
| 18- bis 29-Jährige       |                   | 41      | 45        |
| 30- bis 44-Jährige       |                   | 53      | 40        |
| 45- bis 59-Jährige       |                   | 53      | 38        |
| 60 Jahre und älter       |                   | 51      | 41        |
|                          |                   |         |           |
| Arbeiter                 |                   | 60      | 27        |
| Angestellte              |                   | 53      | 40        |
| Selbständige             |                   | 69      | 25        |
|                          |                   |         |           |
| Öffentlich Beschäftigte: | insgesamt         | 32      | 59        |
|                          | Beamte            | 30      | 66        |
|                          | Tarifbeschäftigte | 33      | 58        |
|                          |                   |         |           |
| Anhänger der:            | CDU/CSU           | 49      | 47        |
|                          | SPD               | 34      | 57        |
|                          |                   |         |           |
|                          | Grünen            | 26      | 63        |
|                          | Linke             | 76      | 19        |
|                          | AfD               | 33      | 59        |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

### 3 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Weiterhin schneiden die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr sowie die Bibliotheken (jeweils 2,0) und die Museen (2,1) am besten ab.

Landes- bzw. Bundesministerien (3,7 bzw. 3,9) sowie Arbeits- und Sozialämter (3,6 bzw. 3,8) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden fällt insgesamt etwas weniger positiv aus als noch im vergangenen Jahr.

#### Bewertung einzelner Behörden

|                                | Es vergeben die Schulnote (Mittelwert) |      |      |      |      |      | Veränderung zu 2024 |
|--------------------------------|----------------------------------------|------|------|------|------|------|---------------------|
|                                | 2020                                   | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |                     |
| Straßenreinigung, Müllabfuhr   | 1,7                                    | 1,8  | 1,9  | 2,0  | 1,9  | 2,0  | - 0,1               |
| Bibliotheken                   | 1,9                                    | 1,9  | 2,0  | 2,0  | 2,0  | 2,0  | 0                   |
| Museen                         | 2,0                                    | 1,9  | 2,1  | 2,1  | 2,0  | 2,1  | - 0,1               |
| Hallenbäder, Freibäder         | 2,4                                    | 2,4  | 2,5  | 2,5  | 2,4  | 2,6  | - 0,2               |
| Polizei, Kriminalpolizei       | 2,3                                    | 2,4  | 2,5  | 2,5  | 2,4  | 2,5  | - 0,1               |
| Kindergärten                   | 2,2                                    | 2,2  | 2,4  | 2,5  | 2,5  | 2,5  | 0                   |
| Fachhochschulen, Universitäten | 2,3                                    | 2,4  | 2,5  | 2,5  | 2,5  | 2,6  | - 0,1               |
| Krankenhäuser                  | 2,4                                    | 2,5  | 2,7  | 2,8  | 2,7  | 2,8  | - 0,1               |
| Sozialversicherung             | 2,7                                    | 2,8  | 2,9  | 2,9  | 2,8  | 3,1  | - 0,3               |
| Gerichte                       | 2,8                                    | 2,8  | 3,0  | 3,0  | 2,8  | 3,1  | - 0,3               |
| Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung | 2,8                                    | 2,9  | 3,1  | 3,1  | 3,0  | 3,1  | - 0,1               |
| Finanzämter                    | 2,8                                    | 2,9  | 3,1  | 3,2  | 3,0  | 3,2  | - 0,2               |
| Schulen                        | 2,9                                    | 3,0  | 3,1  | 3,2  | 3,2  | 3,2  | 0                   |
| Sozialämter                    | 3,2                                    | 3,2  | 3,4  | 3,4  | 3,3  | 3,6  | - 0,3               |
| Arbeitsämter                   | 3,3                                    | 3,4  | 3,6  | 3,5  | 3,5  | 3,8  | - 0,3               |
| Landesministerien              | 3,1                                    | 3,4  | 3,5  | 3,6  | 3,5  | 3,7  | - 0,2               |
| Bundesministerien              | 3,2                                    | 3,6  | 3,7  | 3,8  | 3,8  | 3,9  | - 0,1               |

## 4 Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren werden Beamte auch aktuell am ehesten als verantwortungs- und pflichtbewusst (61 bzw. 59 %) und als zuverlässig (53 %) wahrgenommen. 47 Prozent halten Beamte für kompetent, 44 Prozent für hilfsbereit, 38 Prozent für unbestechlich, aber nur 13 Prozent für flexibel.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten weiterhin am ehesten eine gewisse Sturheit attestiert (42 %). 34 Prozent sehen Beamte als mürrisch, 29 Prozent als arrogant, 16 Prozent als überflüssig, jeweils 18 Prozent als ungerecht oder ängstlich an.

Angesichts des während der Regierungszeit der „Ampel“-Koalition zu registrierenden Vertrauensverlustes staatlicher Institutionen werden auch den Beamten im Vergleich zum letzten Jahr seltener die eher positiven Eigenschaften zugeschrieben.

### Das Beamtenprofil 2024

| Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu: | 2007 | 2008 | 2009 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | Veränderung zu 2024 |
|-----------------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|---------------------|
|                                               | %    | %    | %    | %    | %    | %    |      |                     |
| verantwortungsbewusst                         | 70   | 71   | 72   | 64   | 62   | 64   | 61   | - 3                 |
| pflichtbewusst                                | 75   | 76   | 78   | 64   | 63   | 63   | 59   | - 4                 |
| zuverlässig                                   | 66   | 67   | 70   | 55   | 56   | 55   | 53   | - 2                 |
| kompetent                                     | 59   | 60   | 64   | 50   | 52   | 52   | 47   | - 5                 |
| hilfsbereit                                   | 57   | 59   | 66   | 48   | 48   | 48   | 44   | - 4                 |
| unbestechlich                                 | 37   | 38   | 45   | 38   | 40   | 40   | 38   | - 2                 |
| flexibel                                      | 28   | 28   | 34   | 15   | 15   | 15   | 13   | - 2                 |
| stur                                          | 54   | 51   | 48   | 49   | 45   | 43   | 42   | - 1                 |
| mürrisch                                      | -    | -    | -    | 33   | 39   | 36   | 34   | - 2                 |
| arrogant                                      | 41   | 40   | 33   | 32   | 36   | 31   | 29   | - 2                 |
| überflüssig                                   | 24   | 22   | 20   | 20   | 22   | 18   | 16   | - 2                 |
| ungerecht                                     | 26   | 21   | 20   | 18   | 20   | 16   | 18   | + 2                 |
| ängstlich                                     | 20   | 20   | 20   | 19   | 17   | 18   | 18   | 0                   |

## **5 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen**

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007 wurde jedes Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Wie bereits in den Vorjahren wird auch aktuell das „Berufe-Ranking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 92 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen im Ansehensranking Krankenpflegekräfte (89 %), Altenpflegekräfte (87 %) und Ärztinnen und Ärzte (82 %).

Von Polizistinnen und Polizisten haben 79 Prozent, von Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. der Kita 77 Prozent und von Müllmännern bzw. -frauen sowie Richterinnen und Richtern jeweils 68 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Von Beamten und Beamtinnen haben aktuell unverändert 35 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits im letzten Jahr Mitarbeitende in einer Telefongesellschaft (12 %) Politikerinnen und Politiker (11 %), Versicherungsvertreter/-innen (7 %) und Mitarbeitende einer Werbeagentur (5 %).

Den größten Ansehensgewinn konnten in diesem Jahr Briefträgerinnen und Briefträger sowie Unternehmer/innen (jeweils +4 Prozentpunkte) verzeichnen. Das Vertrauen in Ärztinnen und Ärzte ist um 4 Prozentpunkte gesunken.

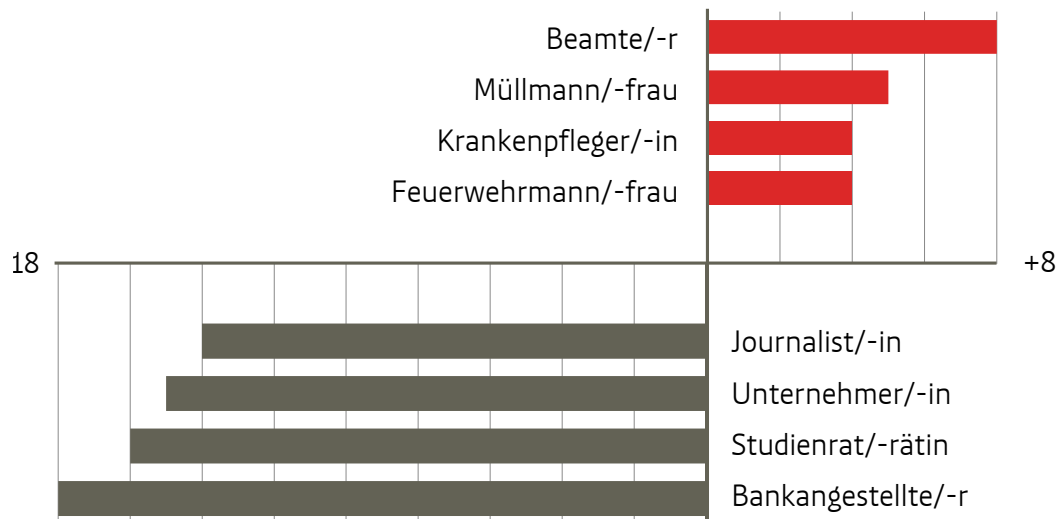
### Ansehen einzelner Berufsgruppen

| Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:      | 2007 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | Veränderung zu 2024 |
|-----------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|---------------------|
|                                         | %    | %    | %    | %    | %    | %    | %    |                     |
| Feuerwehrmann/-frau                     | 90   | 93   | 94   | 93   | 94   | 94   | 92   | - 2                 |
| Krankenpfleger/-in                      | 85   | 87   | 89   | 88   | 89   | 90   | 89   | - 1                 |
| Altenpfleger/-in                        | -    | 86   | 87   | 85   | 84   | 86   | 87   | + 1                 |
| Arzt/Ärztin                             | 86   | 87   | 88   | 86   | 85   | 86   | 82   | - 4                 |
| Polizist/-in                            | 78   | 82   | 85   | 78   | 78   | 81   | 79   | - 2                 |
| Erzieher/-in im Kindergarten/Kita       | -    | 78   | 81   | 75   | 76   | 78   | 77   | - 1                 |
| Müllmann/-frau                          | 63   | 70   | 70   | 70   | 72   | 70   | 68   | - 2                 |
| Richter/-in                             | 77   | 67   | 69   | 64   | 65   | 70   | 68   | - 2                 |
| Techniker/-in                           | -    | 64   | 67   | 64   | 65   | 67   | 68   | + 1                 |
| Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-in          | -    | 62   | 65   | 63   | 65   | 63   | 66   | + 3                 |
| Soldat/-in                              | -    | 46   | 53   | 57   | 60   | 65   | 66   | + 1                 |
| Lehrer/-in                              | 63   | 67   | 69   | 63   | 64   | 66   | 65   | + 2                 |
| Pilot/-in                               | -    | 62   | 66   | 64   | 64   | 63   | 65   | + 2                 |
| Hochschulprofessor/-in                  | -    | 70   | 67   | 60   | 63   | 64   | 61   | - 3                 |
| Förster/-in                             | -    | 61   | 62   | 61   | 60   | 58   | 60   | + 2                 |
| Briefträger/-in                         | 52   | 54   | 52   | 52   | 53   | 52   | 56   | + 4                 |
| Lokführer/-in                           | -    | 62   | 60   | 56   | 55   | 53   | 52   | - 1                 |
| Justizvollzugsbeamte/-r                 | -    | 55   | 55   | 52   | 52   | 54   | 51   | - 3                 |
| Unternehmer/-in                         | 61   | 42   | 40   | 39   | 40   | 41   | 45   | + 4                 |
| Studienrat/-rätin                       | 53   | 45   | 45   | 39   | 40   | 39   | 38   | - 1                 |
| EDV-Sachbearbeiter/-in                  | 43   | 30   | 34   | 32   | 33   | 35   | 34   | - 1                 |
| Steuerberater/-in                       | 47   | 36   | 36   | 34   | 35   | 34   | 34   | 0                   |
| Journalist/-in                          | 47   | 42   | 41   | 32   | 31   | 32   | 29   | - 3                 |
| Beamte/-r                               | 27   | 37   | 34   | 31   | 32   | 35   | 35   | 0                   |
| Bankangestellte/-r                      | 38   | 23   | 24   | 21   | 23   | 23   | 24   | + 1                 |
| Gewerkschaftsfunktionär/-in             | 23   | 25   | 27   | 21   | 23   | 22   | 22   | 0                   |
| Steuerbeamter/-in                       | 28   | 25   | 25   | 22   | 23   | 23   | 21   | - 2                 |
| Mitarbeitende einer Telefongesellschaft | 19   | 13   | 13   | 12   | 13   | 11   | 12   | + 1                 |
| Politiker/-in                           | 20   | 24   | 22   | 17   | 14   | 14   | 11   | 0                   |
| Versicherungsvertreter/-in              | 11   | 8    | 8    | 7    | 8    | 6    | 7    | + 1                 |
| Mitarbeitende in einer Werbeagentur     | 18   | 11   | 10   | 8    | 8    | 6    | 5    | - 1                 |



Die folgende Übersicht stellt die „Gewinner“ und „Verlierer“ im Beruferanking im Vergleich zu 2007 dar.

**Ansehen einzelner Berufsgruppen – Veränderungen von 2007 zu 2025**



Angaben in Prozentpunkten

## **6 Die wichtigsten Aufgaben des Staates**

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Insgesamt hält eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität hat für die Befragten die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur: diese Aufgabe des Staates halten 52 Prozent für „sehr wichtig“.

49 Prozent halten die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, 45 Prozent den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen, für „sehr wichtig“.

Den Ausbau und die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes halten 40 Prozent, die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten 38 Prozent, die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr 37 Prozent und Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien 35 Prozent für „sehr wichtig“.

Für nicht ganz so wichtig werden verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt (24 %) und die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land (22 %) gehalten.

**Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Übersicht**

Die jeweilige Aufgabe des Staates halten für

|                                                                                                                               | sehr<br>wichtig<br>% | wichtig<br>% | weniger<br>wichtig<br>% | unwichtig<br>% |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------|--------------|-------------------------|----------------|
| Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur                                                                                  | 52                   | 40           | 5                       | 1              |
| Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme                                                                  | 49                   | 40           | 7                       | 1              |
| Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen | 45                   | 44           | 8                       | 1              |
| Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes                                             | 40                   | 44           | 12                      | 3              |
| Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten                                              | 38                   | 36           | 14                      | 8              |
| Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr                                                        | 37                   | 38           | 16                      | 7              |
| Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien                                                    | 35                   | 33           | 19                      | 11             |
| Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt                                                             | 24                   | 38           | 24                      | 9              |
| Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land                                                                   | 22                   | 43           | 27                      | 4              |

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Häufiger als in den letzten Jahren wird die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur für „sehr wichtig“ erachtet (+ 6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2024).

Etwas an Bedeutung verloren im Vergleich zum letzten Jahr hat die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (- 3 Prozentpunkte).

**Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Zeitvergleich**

| Folgende Aufgaben des Staates halten für<br><u>sehr</u> wichtig:                  | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | Veränderung zu<br>2024 |
|-----------------------------------------------------------------------------------|------|------|------|------|------------------------|
|                                                                                   | %    | %    | %    | %    |                        |
| Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur                                      | 45   | 47   | 46   | 52   | + 6                    |
| Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes | 44   | 44   | 40   | 40   | 0                      |
| Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr            | 33   | 36   | 40   | 37   | - 3                    |
| Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien        | 53   | 46   | 37   | 35   | - 2                    |
| Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten  | -    | 38   | 37   | 38   | + 1                    |
| Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land                       | 27   | 30   | 22   | 22   | 0                      |

Die Priorisierung der Aufgaben unterscheidet sich in Ost und West mitunter deutlich. So halten die Befragten aus Westdeutschland häufiger als die Befragten aus Ostdeutschland den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und Investitionen in den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien für sehr wichtig.

Befragte aus Ostdeutschland halten die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur sowie die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land häufiger für sehr wichtig.

### Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates III

| Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:                                                                 | insgesamt<br>% | Ost<br>% | West<br>% |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|----------|-----------|
| Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur                                                                                  | 52             | 57       | 51        |
| Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssystems                                                                  | 49             | 50       | 49        |
| Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen | 45             | 38       | 46        |
| Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes                                             | 40             | 38       | 41        |
| Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten                                              | 38             | 35       | 40        |
| Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr                                                        | 37             | 23       | 39        |
| Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien                                                    | 35             | 24       | 37        |
| Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt                                                             | 24             | 24       | 24        |
| Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land                                                                   | 22             | 30       | 20        |

Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten und Investitionen für den Klimaschutz halten die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linke häufiger als die Anhänger der CDU/CSU oder der AfD für sehr wichtig.

Die Anhänger der Union legen deutlich höhere Priorität als die Anhänger der anderen Parteien auf die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

#### Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates IV

| Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:                                                                 | insgesamt | Anhänger der: |     |        |       |     |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|---------------|-----|--------|-------|-----|
|                                                                                                                               |           | CDU/CSU       | SPD | Grünen | Linke | AfD |
|                                                                                                                               | %         | %             | %   | %      | %     | %   |
| Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur                                                                                  | 52        | 50            | 50  | 56     | 61    | 54  |
| Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme                                                                  | 49        | 48            | 58  | 58     | 64    | 42  |
| Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen | 45        | 54            | 50  | 48     | 37    | 42  |
| Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes                                             | 40        | 47            | 47  | 50     | 40    | 30  |
| Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten                                              | 38        | 38            | 47  | 48     | 55    | 37  |
| Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr                                                        | 37        | 61            | 41  | 31     | 12    | 31  |
| Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien                                                    | 35        | 27            | 53  | 85     | 63    | 4   |
| Verstärkte Bemühungen um die Wahrung des Völkerrechts in der Welt                                                             | 24        | 20            | 30  | 41     | 51    | 14  |
| Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land                                                                   | 22        | 19            | 18  | 21     | 36    | 23  |